



Kulturausschuß

31. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*)

30. September 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.40 Uhr bis 16.00 Uhr

Vorsitz: Leonhard Kuckart (CDU)

Stenograph: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

2 Wahl der/des stellvertretenden Ausschußvorsitzenden

1

Der Ausschuß wählt einstimmig **Jarka Pazdziora-Merk (SPD)** zur stellvertretenden Vorsitzenden.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3300

in Verbindung damit:

*) öffentlicher Teil mit TOP 1 s. APr 12/982

Bestimmungen mit Auswirkungen auf den Kulturbereich in Artikel I des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3302

1

a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Kulturrelevante Haushaltspositionen

Vorlage 12/2197

Einführung durch die Landesregierung

2

Einführungsberichte durch

- MR Feldkötter (StK)

2

- RA Althoff (StK)

2

- LMR Dr. Prodoehl (StK)

3

b) Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Kulturrelevante Haushaltspositionen

Vorlagen 12/2223 und 12/2224

Einführung durch die Landesregierung

4

- Einführungsbericht durch Ministerin Ilse Brusis

4

- Aussprache

7

- 4 **NRW-Forum Kultur und Wirtschaft**
Bericht der Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport 8
- Bericht durch Ministerin Ilse Brusis 8
 - Anmerkung aus dem Ausschuß 10

- 5 **Gegen das Vergessen - die Landespolitik unterstützt die Arbeit der Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen**
Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 11
Drucksache 12/3134

Der Antrag wird abschließend beraten. Dabei nimmt auch der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, Dr. Wichert (StK), zu dem Thema Stellung.

Der Ausschuß **empfiehlt** dem federführenden Ausschuß mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU, dem Antrag **zuzustimmen**.

- 6 **Regionale Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen**
Zwischenbericht 1997/98
Vorlage 12/2101
in Verbindung damit:
Konzeption und Förderschwerpunkte von Projekten der Kultur Ruhr GmbH
Vorlage 12/2276
Bericht des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport 16

Ministerin Ilse Brusis gibt ihren vorgesehenen Bericht zu Protokoll; er ist als **Anlage** beigefügt.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt **Vorsitzender Leonhard Kuckart** die Abgeordnete **Marianne Dohmen (SPD)** als neues Ausschußmitglied; sie sei Nachfolgerin von Ernst-Martin Walsken.

1 Öffentliche Bibliotheken fördern ... -

Der Punkt wird in öffentlicher Sitzung beraten (s. *APr 12/982*).

2 Wahl der/des stellvertretenden Ausschußvorsitzenden

Manfred Böcker (SPD) schlägt namens seiner Fraktion die Abgeordnete **Jarka Pazdziora-Merk** für das Amt der stellvertretenden Ausschußvorsitzenden vor.

Der Ausschuß wählt sie einstimmig. - **Vorsitzender Leonhard Kuckart** gratuliert und äußert den Wunsch auf gute Zusammenarbeit.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3300

in Verbindung damit:

Bestimmungen mit Auswirkungen auf den Kulturbereich in Artikel I des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3302

a) **Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei**

Kulturrelevante Haushaltspositionen

Vorlage 12/2197

Einführung durch die Landesregierung

Zu Kap. 02 010 Titel 529 11 - **Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf kulturellem Gebiet** - berichtet **Ministerialrat Feldkötter (Staatskanzlei)**, die Landesregierung schlage wie in den Vorjahren vor, hier 200 000 DM zu veranschlagen. Die Zielrichtung bleibe unverändert. Gefördert würden in der Regel kleinere Projekte von weniger bekannten Künstlerinnen und Künstlern, um die Breite der Kulturszene in Nordrhein-Westfalen zu verdeutlichen. Im Einzelfall würden Mittel in einer Größenordnung von bis zu 10 000 DM - nur in Ausnahmefällen mehr - vergeben, um beispielsweise die Voraussetzungen zu schaffen, daß Künstlerinnen und Künstler aus Nordrhein-Westfalen ihr künstlerischen Engagement im Ausland darstellen könnten.

Als Beispiele für Förderungen aus diesem Ansatz im Jahre 1998 führt der Redner an: Eine Theatergruppe aus Bielefeld, die sich aus behinderten und nicht behinderten Künstlerinnen und Künstlern zusammensetze, habe eine Einladung zu einem Kulturfestival in Stockholm erhalten. Die Flugkosten seien übernommen worden. - Ein Schwerpunkt habe bei Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem 50jährigen Bestehen des Staates Israel gelegen. So seien die jüdischen Kulturtage in Dorsten und Aufführungen von zwei nordrhein-westfälischen Kantoreien in Duisburg, Düsseldorf und in Israel gefördert worden.

Regierungsangestellter Althoff (StK) trägt zum **Kulturwissenschaftlichen Institut** - Kap. 02 061 - vor, nach dem Umzug im Oktober 1997 habe das KWI sein Forschungsprogramm erweitert, was sich an dem breiteren Spektrum der Veranstaltungen zeige.

Am 28. und 29. Mai sei z. B. die Tagung "Islam in Deutschland - Zukunftschancen unserer politischen Kultur" durchgeführt worden, die großen Zuspruch erfahren habe. Zum Veranstaltungsprogramm sollten auch künftig die "Montagsvorträge" gehören, die aus der laufenden Arbeit der Studiengruppen gestaltet würden. Hinzugekommen sei die Reihe "Kulturkontroversen" als Nachfolgerin der früheren "Heisinger Kulturgespräche". Weiter gebe es Workshops, Publikumsdiskussionen und Ausstellungen.

Das KWI nehme den 60. Jahrestag der Reichspogromnacht zum Anlaß für eine sechsteilige Vortragsreihe im November und Dezember 1998 zu dem Thema "Nationalsozialistische Judenverfolgung und das Gedenken an den Holocaust". Des weiteren sei das KWI im Jahre 1998 federführend für den Jahreskongreß, der am 12. und 13. November in der Zeche Zollverein in Essen zum Thema "Zukunftsentwürfe - Ideen für eine Kultur der Veränderung" stattfinden werde.

Im Jahre 1999 werde das KWI mit einer neuen Reihe, nämlich den "Alfried-Krupp-von-Bohlen-und-Halbach-Vorlesungen zur Politik und Geschichte" beginnen. Das Projekt knüpfe an die angelsächsische Tradition an, internationale Gelehrte über wesentliche Erträge der eigenen Forschung berichten zu lassen.

Neben der Bereicherung der geistigen Kultur strahle es auf Essen und das gesamte Ruhrgebiet aus, wenn Persönlichkeiten aus aller Welt eine Zeitlang nach Essen kämen, dort lebten, vor unterschiedlichen Auditorien aufträten und mit den Menschen diskutierten.

Schwerpunkte der Forschungsarbeit blieben die Studiengruppen, die sich 1999 folgenden Themen zuwenden würden:

- Die Studiengruppe "Europa" werde sich unter anderem mit dem Umbruch in der osteuropäischen Außenpolitik befassen.
- Die Studiengruppe "Politische Theorie der Massenkultur" werde sich mit der politischen Theorie des Pragmatismus auseinandersetzen.
- Die Studiengruppe "Sinnkonzepte als Orientierungssysteme" werde die Rolle der Menschenrechte in der Identitätsbildung moderner Gesellschaften thematisieren.

Zur näheren Information verweist der Redner auf die Seiten 102 ff. des Erläuterungsbandes, Vorlage 12/2197.

Zum Kap. 02 200 - **Medien und Telekommunikation** - berichtet **Leitender Ministerialrat Dr. Prodoehl (StK)**, die Zuständigkeiten für diesen Bereich seien in der Staatskanzlei zusammengeführt worden. Die Ansätze dieses Kapitels seien als wirtschaftspolitisch, technologiepolitisch und gesellschaftspolitisch relevant einzustufen. Es handele sich um einen Querschnittsbereich, der für das kulturelle Leben wie auch für die wirtschaftliche Entwicklung wichtig sei. Alle Ansätze hätten eine kulturpolitische Bedeutung, auch wenn vielfach der Schwerpunkt auf die Erzeugung wirtschaftlicher Struktureffekte gelegt werde.

Im einzelnen erläutert Dr. Prodoehl, für das **Filmfestival Nordrhein-Westfalen** - Titel 541 61 - werde für 1999 die gleiche Summe wie 1998, nämlich 350 000 DM, veranschlagt. Es diene dem Ziel, im Bereich der fortgeschrittenen Medienproduktionstechnologien für diejenigen Filmschaffenden eine Plattform zu bilden, die sich mit der digitalen Medienproduktion befaßen: Filmemacher, Fernsehmacher, Produzenten von Industrie- und Werbefilmen. Zum Festival gehörten Seminare, Kongreß- und Weiterbildungsveranstaltungen wie auch Filmvorführungen. Mit der Durchführung sei bereits zum dritten Mal die Kunsthochschule für Medien in Köln beauftragt worden.

Der Ansatz für die **Filmstiftung Nordrhein-Westfalen** - Titel 682 61 - werde in etwa überrollt; die Steigerung um 330 000 DM sei marginal. Haushaltstechnisch werde eine Veränderung in der Weise vorgenommen, als Rückflüsse von Fördermitteln in Höhe von 2 Millionen DM in den Haushalt eingestellt worden seien. Wenn diese 2 Millionen DM nicht überschritten werden sollten, bleibe es bei den Ausgabeansätzen; wenn aber mehr als 2 Millionen DM Einnahmen aus Rückzahlungen erzielt würden, erhöhten sich auch die

Ausgaben um diesen Betrag. Die Entwicklung der letzten zwei Jahre zeige, daß die Filmstiftung in der Erzielung von Rückflüssen immer erfolgreicher werde.

Auch der Zuschuß für das Filmbüro - Titel 685 61 - werde geringfügig auf 3,693 Millionen DM erhöht. Auf dieser Basis könne das Filmbüro seine durchaus erfolgreiche Arbeit fortführen. Es solle wieder einen Haushaltsvermerk geben, wonach bis zu 500 000 DM von Filmstiftung und Filmbüro für gemeinsame Projekte verwandt werden könnten. Dieser schon 1998 angebrachte Vermerk habe bereits dazu geführt, daß sich Filmstiftung und Filmbüro verständigt hätten, gemeinsame Projekte zu definieren, die filmkulturwirtschaftliche Bedeutung hätten. In diesem Jahr hätten sich beide bisher auf gemeinsame Projekte im Volumen von 300 000 DM verständigt; darüber hinaus sei noch im Gespräch, Projekte im Bereich von Filmfestivals zu fördern.

Die Zusammenarbeit zwischen Filmbüro und Filmstiftung solle in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Sie sei eine erfolgreiche Plattform, nicht nur um die kulturpolitisch relevanten Filmprojekte besser mit Mitteln auszustatten - beispielsweise die Frauenfilmfestivals -, sondern auch, um sich bei bestimmten Projekten eng abzustimmen und auf verschiedenen Feldern gemeinsame Projekte zu definieren. Die Zusammenarbeit erstreckte sich auch auf das Gebiet von Aus- und Fortbildung. Hier gebe es viel zu tun, weil die Qualifizierung von Nachwuchs mit dem Boom auf dem Gebiet von Film- und Fernsehproduktionen nicht Schritt halte.

**b) Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung,
Kultur und Sport**

Kulturrelevante Haushaltspositionen

Vorlagen 12/2223 und 12/2224

Einführung durch die Landesregierung

Ministerin Ilse Brusis führt aus:

Herr Vorsitzender, meine Herren und Damen! Wie Sie wissen, hat die Haushaltskonsolidierung für die Landesregierung eine hohe Priorität. Alle Ressort der Landesregierung, alle Mitglieder des Kabinetts stellen sich diese Aufgabe. Dies hat selbstverständlich auch Auswirkungen auf die Einzeletats.

Allerdings wissen wir in Nordrhein-Westfalen sehr wohl zwischen Haushaltskonsolidierung und Sparhaushalt zu unterscheiden. Der Rasenmäher jedenfalls gehört nicht zu unserem fiskalischen Instrumentenkasten.

Ein guter Beleg dafür ist der Kulturhaushalt. Ihnen liegt der Einzelplan 15 mit Erläuterungsband vor. Auf die verschiedenen Titelgruppen will ich deshalb nicht detailliert eingehen. Ich beschränke mich auf die wesentlichen kulturpolitischen Leitlinien, die hinter diesem Haushaltsentwurf stehen.

Die erste positive Botschaft ist zweifelsohne die Tatsache, daß der Kulturhaushalt in seiner Gesamtheit nur eine geringe Kürzung vorzuweisen hat. Es gab keine pauschalen Mittelreduzierungen; vielmehr sind in einigen Bereichen die Ansätze gegenüber 1998 erhöht worden.

Wir haben uns an zwei Fragen orientiert: Wo können Einsparungen, auch wenn sie im Einzelfall schmerzlich sein mögen, verantwortbar erfolgen, ohne die Substanz in Frage zu stellen? Und wo ist es aus kulturpolitischer Sicht notwendig, trotz enger werdender fiskalischer Grenzen durch Erhöhung von Ansätzen zu sinnvollen Akzentsetzungen zu kommen?

Für die Kulturpolitik - das zeigt der vorliegende Entwurf - heißt es also nicht: Es bleibt alles beim alten. Es heißt vielmehr: Konzentration auf wesentliche Projekte. Es heißt: moderate Kürzungen in einigen Bereichen. Es heißt: Qualität vor Quantität. Und es heißt: Impulse setzen, kulturpolitisch Flagge zeigen. Dies sind wir im übrigen auch den Kulturschaffenden in Nordrhein-Westfalen und deren besonderem Engagement schuldig. Ihnen möchte ich an dieser Stelle für vergangene und zukünftige Leistungen herzlich danken.

Besonders auffällig im Kulturhaushalt ist ohne Zweifel die Erhöhung des Ansatzes für den Umbau des Ständehauses von 3 auf 25 Millionen DM. Das entspricht der ersten Baurate für dieses Projekt. Der Umbau des Ständehauses ist nicht nur ein Bekenntnis des Landes dafür, ein denkmalwertes wichtiges Gebäude für die kommenden Generationen zu erhalten, und ein Bekenntnis dafür, daß die renommierte Kunstsammlung in Nordrhein-Westfalen mit diesem Gebäude einen wichtigen und seit langem notwendigen zweiten Standort erhält. Das Land wird darüber hinaus seinem Anspruch gerecht, in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Düsseldorf kulturelle Projekte zu ermöglichen, die Nordrhein-Westfalen als besondere Kulturregion auch über nationale Grenzen hinaus noch bekannter werden läßt. Mehr als nur ein erwünschter Nebeneffekt ist zudem die Tatsache, daß dem Land mit dem umgebauten Ständehaus zu repräsentativen Zwecken ein wirkliches Schmuckstück zur Verfügung stehen wird.

Zum weiteren Ausbau der Kulturstadt Düsseldorf zählt die auf zehn Jahre angelegte zusätzliche Förderung für die technische Modernisierung des Schauspiels, womit der Bedeutung des Theaterstandortes Düsseldorf Rechnung getragen wird. Das bezifferte Gesamtvolumen für zehn Jahre beträgt hier rund 11 Millionen DM.

Neben der Verantwortung für die eigenen Einrichtungen - Kunstsammlung und Schauspielhaus - unterstützt das Land natürlich auch weiterhin kommunale Kultureinrichtungen. Damit leistet das Land einen Beitrag für vergleichbare Kulturangebote in Nordrhein-Westfalen. Hier ist es gelungen, nahezu alle Förderansätze - dies betrifft die Kapitel 820 und 830 - auf dem Vorjahresniveau zu halten. Gleiches gilt für die Förderung des kommunalen Museumsbaus und die Landestheater; beide Ansätze sind im GFG zu finden.

Die Theaterförderung zählt zu den Bereichen, in denen wir die Mittel erhöht haben, nämlich um 1,28 Millionen DM. Dies kommt im wesentlichen den kommunalen Theatern zugute. Die Förderung der Privattheater wird gehalten.

Meine Herren und Damen, die Grundsicherung des Hauptstaatsarchives wird selbstverständlich fortgesetzt. Allein 4,6 Millionen DM werden 1999 für die dringend erforderliche Fassadenerneuerung und die Installierung raumtechnischer Anlagen aufgewendet. Diese Grundsicherung hat für uns Priorität. Dafür wird aufgrund von Mittelreduzierungen die Modernisierung des Servicebereiches insbesondere im Hinblick auf die Datenverarbeitungs-Ausstattung zeitlich gestreckt.

Ich weiß, daß die notwendige Stellenreduzierung im Bereich der Archive die Arbeit für die Archivmitarbeiterinnen und -mitarbeiter nicht einfacher macht. Um so mehr bin ich den Angehörigen der Archive für ihre Leistungsbereitschaft und ihren Einsatz dankbar.

Zu den Feldern, in denen die Ansätze reduziert wurden, zählen die Kultursekretariate, die Bibliotheken und die privaten Musikschulen. Allerdings führen diese Kürzungen weder zu Personalentlassungen, noch sind gar Schließungen von Institutionen zu befürchten. Auswirkungen haben diese neue Haushaltsansätze allerdings in bezug auf die Projekte. Einige werden nicht durchgeführt werden können, bei anderen ändern sich Umfang oder Laufzeit. Ich setze hier auf das besondere Engagement aller Beteiligten.

Dies gilt insbesondere für die Kultursekretariate, die ja eine Veranstaltergemeinschaft von Kommunen sind. Sie können mit den Kulturinstituten ihrer Mitgliedstädte weiterhin Projekte realisieren, wobei allenfalls die Quantität, nicht aber die Qualität zurückzunehmen wäre.

Die Bibliothekstantieme wird 1999 dem tatsächlichen auf gesetzlicher und vertraglicher Grundlage beruhenden Bedarf angepaßt. Dies bedeutet eine Rückführung von 6 Millionen auf 5 Millionen DM.

Meine Herren und Damen! Mit der regionalen Kulturpolitik hat Nordrhein-Westfalen einen neuen, guten und - wie sich bereits jetzt abzeichnet - erfolgreichen Weg eingeschlagen. Dazu zähle ich auch den teils lebhaft geführten kulturpolitischen Diskurs, der damit entfacht wurde. An der Bedeutung der regionalen Kulturpolitik ändert auch die Tatsache nichts, daß mit einer Mittelreduzierung von rund 900 000 DM dieser Bereich ebenfalls in der Gesamtverantwortung der Haushaltskonsolidierung in die Pflicht genommen wurde. Die regionale Kulturpolitik bleibt arbeits- und handlungsfähig. Allerdings gilt ähnliches wie in den zuvor genannten Bereichen: Wünschenswerte Einzelprojekte können nicht immer oder nicht immer sofort durchgeführt werden.

Dies trifft auch auf Projekte im Bereich der Frauenkultur zu. Trotz der schmerzlichen Verringerung des Ansatzes von 750 000 auf 500 000 DM bin ich zuversichtlich, daß das 1998 gestartete Programm "Frauen in der Musik" zu guten Ergebnissen kommen wird. Es geht explizit um die Förderung von Dirigentinnen und Komponistinnen, weil der Frauenanteil in diesen Berufsgruppen bisher bei lediglich drei Prozent liegt.

Für die Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen ergeben sich vom haushaltstechnischen Standpunkt 1999 keine großen Veränderungen. Neben

den üblichen Anpassungen aufgrund bestehender Staatsverträge und Konkordate ergibt sich die sichtbar werdende Reduzierung hier aus der Sache:

- Für den Abschluß des Neubaus der Synagoge in Duisburg ist eine deutlich niedrigere letzte Rate fällig.
- Der sechste Teilbetrag für die Sanierung des Altenberger Domes liegt um 283 000 DM niedriger als im Jahre 1998.

Die entsprechenden Veränderungen der Haushaltsansätze spiegeln also nur den tatsächlich erforderlichen Finanzbedarf wider.

Ähnliches gilt für die Kapitel, die die denkmalpflegerischen Maßnahmen betreffen. Der nominelle Ansatzrückgang um 1,3 Millionen DM erklärt sich daraus, daß der Mittelbedarf für die Sicherungsarbeiten an der landeseigenen denkmalwerten Zitadelle in Jülich und für die Durchführung von Restaurierungsarbeiten am Schloß Augustusburg im Jahre 1999 planvoll um rund 2,5 Millionen DM reduziert. Faktisch ergibt sich daher eine Mittelerhöhung um 1 Million DM, die im wesentlichen der Erhaltung der bedeutendsten kirchlichen Bauwerke des Landes, den Domen in Köln und Aachen sowie der Wiesenkirche zu Soest, dienen wird.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß die Veränderungen von 1998 auf 1999 im Kultursektor eine akzeptable Entwicklung darstellen. Dort, wo Kürzungen vorgenommen werden mußten, bewegen sie sich in maßvollen Grenzen; sie bestimmen aber nicht das Profil dieses Haushaltsentwurfs. Im Gegenteil, es gibt vielmehr auch Erhöhungen von Ansätzen in anderen Bereichen des Kulturhaushaltes.

Vor allem aber spiegelt dieser Haushaltsentwurf die zentralen Anliegen nordrhein-westfälischer Kulturpolitik wider, die auch 1999 auf einer soliden Finanzbasis umgesetzt werden können.

Brigitte Herrmann (GRÜNE) eröffnet die Aussprache mit der Frage, ob hinter der Kürzung bei den Kultursekretariaten eine kulturpolitische Zielsetzung stehe.

Jede Kürzung schmerze, erwidert **Ministerin Ilse Bruns**. Das Ministerium habe dort Kürzungen vornehmen müssen, wo es sich um reine Projektförderung handele, wo also durch eine Kürzung nicht eine Institution in ihrem Bestand bzw. die Weiterbeschäftigung von Personal gefährdet würde. Das sei bei der regionalen Kulturpolitik nicht anders als bei den Kultursekretariaten.

Ob die Kürzung bei den Kultursekretariaten nicht in erster Linie dazu diene, Erhöhungen in anderen Bereichen, insbesondere bei der Theaterförderung, zu finanzieren, fragt sich **Richard Blömer (CDU)**.

Ministerin Ilse Brusis stellt klar, das Ministerium habe mit Nachdruck dafür gesorgt, daß der Ansatz für die Förderung der kommunalen Theater erhöht werde. Das sei dringend nötig, weil viele kommunale Theater in den letzten Jahren in große Schwierigkeiten geraten seien und die Gefahr drohe, daß das eine oder andere Theater ohne stärkere Hilfe seine Arbeit aufgeben müsse. Der Ansatz für die Förderung der freien Theater sei bereits im Jahre 1998 erhöht worden. Man könne nicht jedes Jahr, müsse aber zumindest von Zeit zu Zeit dort ein bißchen stärker helfen, wo es sich um institutionelle Förderung handle und die Gefahr des Wegbrechens von Strukturen entstehen könnte.

Richard Blömer (CDU) weist darauf hin, daß es bei der Filmförderung, für die jetzt die Staatskanzlei zuständig sei, deutliche Ansatzserhöhungen, und zwar um rund 9 Millionen DM, gebe. Er fragt, ob es nicht denkbar wäre und auch der Bedeutung des Kulturministeriums eher entspräche, wenn man bei der Filmförderung etwas weniger draufsattele und statt dessen die freien Theater und vor allem die Kultursekretariate stärke.

Brigitte Schumann (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, daß der Kulturausschuß die Möglichkeit habe, dort, wo die Ministerin Kürzungen vorgenommen habe, Korrekturen vorzunehmen. Sie gehe davon aus, daß das hier auch geschehen werde. - "Da haben Sie unsere volle Unterstützung", bemerkt **Richard Blömer (CDU)**.

Die Kulturministerin freue sich über jede Erhöhung von Ansätzen im Bereich der Kulturpolitik, die das Parlament durchsetze, antwortet **Ministerin Ilse Brusis**. Sie habe dargelegt, warum sie in bestimmten Fällen für eine Erhöhung gesorgt habe - mit der Konsequenz, dort zu kürzen, wo sie meine, es verantworten zu können.

4 NRW-Forum Kultur und Wirtschaft

Bericht der Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Ministerin Ilse Brusis erstattet folgenden Bericht:

Ich möchte an den Bericht über das NRW-Forum Kultur und Wirtschaft anknüpfen, den ich in der Sitzung des Kulturausschusses am 20. Mai 1998 gegeben habe, und über die Eröffnung und weitere Veranstaltungsplanungen des Forums berichten.

Wie Sie wissen, ist im Düsseldorfer Ehrenhof das ehemalige Museum "Volk und Wirtschaft" zum neuen NRW-Forum Kultur und Wirtschaft umgestaltet worden. Das Gebäude wurde nach den Plänen des Bildhauers und Architekten Erwin Heerich umgebaut und wird am 9. Oktober 1998 durch den Ministerpräsidenten eröffnet werden.

Vorgesehene Rede
der Ministerin für Arbeit, Soziales und
Stadtentwicklung, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen
Frau Ilse Brusis
anlässlich TOP 6
der Kulturausschuss-Sitzung
am 30. September 1998 im Landtag

- Regionale Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen -

Meine Herren und Damen,

zur letzten Kulturausschuss-Sitzung vor der Sommerpause haben wir Ihnen den ersten ausführlichen Zwischenbericht über die Regionale Kulturpolitik vorgelegt. Ich bin froh, dass wir jetzt Gelegenheit haben, uns noch einmal darüber auszutauschen. Ich will hier nicht noch einmal das Fazit wiederholen, das Herr Staatssekretär Dr. Baedeker bei der letzten Sitzung vorgetragen hat. Sie finden eine zusammengefasste Wertung auch auf den Seiten 33 und 34 des Berichts.

Ich möchte hier lediglich noch ein paar ergänzende Informationen zum weiteren Fortgang der Dinge in den letzten Wochen geben:

1. Wir haben den Landtagsbericht, den wir heute diskutieren, inzwischen an alle aktiven Partner der Regionalen Kulturpolitik im Lande und an zahlreiche kulturell bzw. kulturpolitisch tätige Institutionen im Lande verschickt. Zu unserer Freude war deutlich spürbar, dass an diesen aktuellen Informationen zur Regionalen Kulturpolitik auch außerhalb des Landtages ein großes Interesse besteht.
2. Außerdem sind nun auch die regionalen Konzepte in ihrer abschließenden Fassung in den acht Regionen, die solche Konzepte erarbeitet haben, veröffentlicht worden. Wir haben sie insbesondere allen Kommunen und Kreisen in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt.

Schon die Entwurfsfassungen, die im vergangenen Jahr erschienen waren, haben die Projekte in den Regionen - und natürlich auch unsere Förderentscheidungen - geprägt. Ich bin zuversichtlich, dass sich diese prägende Wirkung der Konzepte - sie sind ja lediglich ein Angebot, das die Kulturschaffenden im Lande annehmen können oder auch nicht - in den Jahren 1999 und 2000 positiv weiter entwickeln wird. Die einzelnen Profile bzw. Schwerpunktthemen sind in den Regionen unterschiedlich intensiv und spontan angenommen worden. Da es sich oftmals um neue Wege, neue Sichtweisen und vor allem neue Kooperationsgemeinschaften handelt, die zur Umsetzung der Profile entwickelt werden müssen, ist das auch kein Wunder. Man muss den Dingen Zeit lassen, sich zu entwickeln. Das gilt in der Kulturarbeit, die langfristig geplant und vorbereitet wird, ganz besonders.

Dass es jetzt viel zu früh wäre, zur Tragfähigkeit und eventuellen Fortschreibungsbedürftigkeit der Regionalen Konzepte etwas zu sagen, war auch die übereinstimmende Auffassung auf allen Reflektionstagungen, die wir in einem Großteil der Regionen in diesen Wochen durchgeführt haben (oder noch durchführen werden), um mit den Beteiligten in der Region und insbesondere den Workshopteilnehmern eine erste Zwischenbilanz zu ziehen. Der Tenor dieser Tagungen lautet: Es hat sich eine Menge bewegt, es haben sich neue Formen der Kommunikation und der Kooperation gebildet, die Zahl der Projekte, die eine gute inhaltliche und spezifisch regionale Qualität aufweisen, steigt, aber es bleibt noch sehr viel zu tun. Wir stehen am Anfang einer Entwicklung, die es mit Nachdruck weiter voran zu treiben gilt.

3. Dazu dient beispielsweise auch eine Tagung mit allen regionalen Koordinatoren und den Bezirksregierungen, die sich anfang November dem Thema widmen wird, mit welchen konkreten Initiativen und Vorgehensweisen die sog. "Kultur- und" -Themen in den verschiedenen Regionen konkret vorangebracht werden können: "Kultur und Tourismus", "Kultur und Wirtschaft", "Kultur und Arbeit", "Kultur und Weiterbildung", "Kultur und Stadtentwicklung". Wie kann man auf der Basis des jeweiligen regionalen Konzeptes vermehrt konkrete Projekte anstoßen, entwickeln und auf eine breite Kooperationsbasis in der Region stellen, in denen die Kultur als Querschnittsaufgabe verstanden und realisiert wird - darüber gilt es mit den Regionen jetzt gemeinsam noch intensiver nachzudenken.
4. Um den Gedanken einer kooperativen, auf die Region als Ganzes bezogenen Kulturarbeit weiter in den Köpfen der Kulturmacher und auch der Kulturpolitiker in den Regionen zu verankern, um also die Basis der regionalen Zusammenarbeit weiter zu verbreitern und vor allem: um dem großen und immer wieder artikulierten Bedürfnis nach Informationsaustausch und Diskussion zwischen den Regionen nachzukommen, soll im November diesen Jahres eine Art "Zeitung", ein "Newsletter" zur Regionalen Kulturpolitik erscheinen. Darin werden aus allen Regionen des Landes konkrete Arbeitsbeispiele, Projektbeschreibungen, auch Informationen über zur Zeit entstehende Projekte, Kontaktadressen, Berichte über die Arbeit der regionalen Koordinierungsstellen etc. zu finden sein. Es soll dies kein Periodikum werden. Je nachdem, wie diese Publikation ankommt und was sich im weiteren Verlauf des Prozesses der Regionalen Kulturpolitik als zweckmäßig erweist, wird zu entscheiden sein, ob und wann es ein oder zwei weitere Ausgaben geben soll.

Diese Publikation entsteht in Zusammenarbeit meines Hauses mit der Kulturpolitischen Gesellschaft und im intensiven Dialog mit den regionalen Koordinierungsstellen. Sie dient so ein Stück weit auch der landesweiten Selbstdarstellung der Regionen und ist auch als Instrument der Kommunikation in den Regionen, zwischen den Regionen und zwischen den Regionen und dem Land zu verstehen.

5. Was die Organisationsstrukturen der regionalen Kooperation angeht, so ist ergänzend zum Bericht anzuführen, dass sich jetzt in der Rheinschiene doch das Bedürfnis nach einem regelmäßig tagenden Arbeitskreis herausgebildet hat, der vor allem für den

kreisangehörigen Raum mehr Transparenz und aktive Mitwirkungsmöglichkeiten schaffen soll. Dies wird in diesen Wochen unter Federführung der Bezirksregierung Köln in Gang gesetzt. Nur zwei Regionen haben bisher noch nicht den Weg gefunden, sich gewisse regelmäßig zur Verfügung stehende Organisations- und Kommunikationsstrukturen zu schaffen: Südwestfalen und das Sauerland. In allen anderen Region sind jetzt meines Erachtens befriedigende, d. h. unaufwendige und doch arbeitsfähige, der jeweiligen Region gemäße Strukturen gefunden und realisiert.

6. Zur Arbeitsweise und zum Konzept der Kultur Ruhr GmbH finden Sie im Bericht auf den Seiten 28 - 31 grundlegende Informationen. Inzwischen hat die Kultur Ruhr GmbH auf einer Pressekonferenz (Ende August) eine weiter konkretisierte Fassung ihres Programms vorgestellt. Wir haben sie Ihnen zukommen lassen. Mein Haus ist im Augenblick gemeinsam mit den Bezirksregierungen dabei, die darauf fußenden Anträge im einzelnen zu prüfen und entsprechende Fördermittel zu bewilligen. Es ist beabsichtigt, dieses Programm in einer noch einmal überarbeiteten und ergänzten Form in der Reihe der Regionalen Konzepte herauszubringen, um es auch für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich zu machen und auch den Zusammenhang mit der Regionalen Kulturpolitik insgesamt zu verdeutlichen.
7. Sie haben die Konzepte aus den Regionen erhalten, in denen Ihr Wahlkreis bzw. Ihr Heimatort liegt. Wenn Sie Interesse an weiteren Konzepten haben, so haben wir sie hier zu Ihrer Bedienung ausgelegt.